



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Markus Ganserer, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Staatliche Immobilienverwaltung neu aufstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Immobilien Freistaat Bayern (IMBY) neu zu strukturieren, um durch ein verbessertes Management eine Kostensenkung innerhalb der bayerischen Immobilienverwaltung, eine Optimierung der Nutzung und die Vermeidung von Leerständen zu erreichen.

Begründung:

In ihrer Selbstdarstellung auf <http://www.immobiliien.bayern.de> bezeichnet sich die IMBY als „Kernstück des Projekts „Verwaltung 21“, das moderne Verwaltungsstrukturen für ein auch zukünftiges wettbewerbsfähiges und erfolgreiches Bayern schafft“.

An den Ergebnissen ihrer Arbeit lässt sich das nicht darstellen. Ziele der IMBY sollten sein, durch besse-

res Management der Nutzung staatlicher Immobilien Kosten für Mietausgaben und Nebenkosten zu senken, Leerstände zu vermeiden. In der Antwort der Staatsregierung auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Claudia Stamm vom 9. Juli 2015 betreffend Arbeit der bayerischen Immobilienverwaltung Drs. 17/8174 hat die Staatsregierung eingeräumt, dass die IMBY über die Entwicklung der Leerstände keine Angaben machen kann, da die Daten nicht vorliegen. Auch über die Entwicklung der vom Freistaat Bayern angemieteten Räume ist die IMBY nicht in der Lage zu informieren. Klar ist nur, dass sich die Ausgaben für Mieten und Pachten seit dem Jahr 2006 um mehr als 50 Prozent erhöht haben. Auch bei der Suche nach Unterkunftsmöglichkeiten für Flüchtlinge ist die IMBY gegenüber den Kommunen wenig hilfreich. Sie ist gegenüber den Kommunen nicht pro aktiv tätig geworden und es gibt trotz des großen Bedarfs weiterhin Leerstände.

Ein Mehrwert durch die IMBY gegenüber den früheren Ressortzuständigkeiten ist aus diesen von der IMBY gelieferten Daten daher nicht erkennbar. Die Erwartungen in die IMBY haben sich nicht erfüllt. Die Kosten sind gestiegen, Verbesserungen nicht belegbar. Die IMBY muss daher umgehend neu aufgestellt werden. Zur Optimierung des staatlichen Immobilienmanagements muss sie erstens einen Überblick über die Entwicklung ihrer eigenen Kennzahlen haben und zweitens die Immobiliennutzung innerhalb und zwischen den Ressorts besser koordinieren. Sollte es in absehbarer Zeit zu keinen Verbesserungen kommen, sollte die IMBY aufgelöst und die Zuständigkeiten wieder auf die Ressorts übertragen werden.